

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 493 48 11
Telefax: 0351 493 48 09
E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de



POSITIONSPAPIER

10. JANUAR 2023

INDUSTRIEPARK OBERELBE

Für ein Umdenken
und mehr Beteiligung

Positionspapier der
BÜNDNISGRÜNEN Fraktion
im Sächsischen Landtag



Ines Kummer
Sprecherin für Regionalentwicklung



Thomas Löser
Sprecher für Denkmalschutz

INDUSTRIEPARK OBERELBE

Für ein Umdenken und mehr Beteiligung

Mit einer geplanten Fläche von 140 Hektar wäre der Industriepark Oberelbe (IPO) eines der größten neuen Industriegebiete der letzten Jahre in Sachsen. Die Fläche, auf der der IPO errichtet werden soll, befindet sich innerhalb der Gemarkungen der Städte Dohna, Heidenau und Pirna entlang der B 172a. Zur Realisierung des Vorhabens gründeten die drei Kommunen im Mai 2018 den Zweckverband Industriepark Oberelbe (im Nachfolgenden: IPO).

Von den geplanten 140 Hektar Fläche sollen ca. 80 Prozent überbaut werden. Damit wäre dieses Projekt eines der größten Bodenversiegelungsvorhaben in Sachsen. Die Fläche ist aktuell zu einem großen Teil landwirtschaftliche Nutzfläche. Landwirtschaftsflächen sind unsere wichtigsten Produktionsflächen, weil dort unsere Lebensmittel hergestellt werden. Außerdem soll für die Realisierung des IPO eine kleinere Fläche aus einem Landschaftsschutzgebiet ausgegliedert werden.

**Wir BÜNDNISGRÜNEN lehnen den Industriepark Oberelbe
in seiner derzeit geplanten Form und Größe ab.**

Die Planungshoheit liegt allerdings weder beim Landtag noch beim Kreistag, sondern in der Hand der Kommunen, die sich im Zweckverband

zusammengeschlossen haben. Weiterhin können weder Landtag noch Kreistag Genehmigungen in diesem Verfahren beschließen oder versagen. Wir appellieren aber an die Verantwortlichen in den Kommunen Dohna, Heidenau und Pirna, folgende Schwerpunkte im weiterführenden Planungsprozess zu berücksichtigen:

Transparenz und Beteiligung

Umfassende Information von Stadträtinnen und Stadträten sowie die Berücksichtigung von Einwänden und Stellungnahmen im Verfahren sind Grundlagen der vertrauensvollen Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Gewerbeflächen.

Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion fordert eine transparente Kommunikation des Zweckverbandes zur Behebung der berechtigten Bedenken des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie des Denkmalschutzes.

Flächenverbrauch und Versiegelung

Die Koalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Flächenfraß in Sachsen deutlich zu verringern. Ein Vorhaben, das auf einen Schlag 140 Hektar Fläche verbraucht, Agrarflächen vernichtet und zur Verkleinerung eines Landschaftsschutzgebiets führt, steht den im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarung entgegen. Um neue Industrie- und Gewerbeansiedlungen zu ermöglichen, muss vielmehr alles dafür getan werden, Bestandsflächen zu aktivieren und zu nutzen, das Flächenrecycling zu verstärken und Brachflächen zu revitalisieren.

Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion fordert eine größere Beachtung der agrarstrukturellen Belange und eine übergeordnete Flächenverbrauchsstrategie des Freistaates. Der Sanierung und Wiederbelebung von brachliegenden Industrieflächen muss dabei Vorrang vor neuer Versiegelung eingeräumt werden.

Denkmalschutz

Die Flächen, auf denen der IPO gebaut werden soll, befinden sich in unmittelbarer Nähe zum Barockgarten Großsedlitz. Ein Teil des IPO würde direkt in eine zentrale Sichtachse des Barockgartens gebaut werden. Da Sichtachsen für barocke Parkanlagen eine grundlegende Bedeutung haben, beeinträchtigt die IPO-Planung den Wert des herausragenden Kulturdenkmals massiv.

Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion fordert die strikte Einhaltung der denkmalschutz- und denkmalpflegerisch relevanten Kriterien. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass es zwischen der obersten Denkmalschutzbehörde und dem Zweckverband zwingend klärende Gespräche zum Vorhaben IPO gibt.

Einsatz von erneuerbaren Energien

Bei der Ansiedlung von Industriebetrieben ist die Verfügbarkeit von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen mittlerweile ein wesentlicher Standortfaktor. Aktuell bestehen keine adäquaten Erzeugungskapazitäten zur Versorgung des IPO mit regionaler erneuerbarer Energie.

Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion fordert, dass der Einsatz von erneuerbaren Energien in der weiteren Planungsphase ein zwingendes Kriterium sein muss. Das betrifft einerseits die Nutzung aller versiegelten Flächen des IPO durch Photovoltaik und andererseits die Erarbeitung von ganzheitlichen Konzepten für die Wärmeversorgung, z.B. auch durch die Nachnutzung entstehender Abwärme. Darüber hinaus muss die bilanzielle Deckung des Energiebedarfs des IPO durch zusätzliche, regionale und erneuerbare Stromerzeugung, zum Beispiel neue Windkraftanlagen, sichergestellt werden.

Wassermanagement – Hochwasserschutz – lokales Klima

Durch den IPO würde eine wichtige Kaltluftschneise für die Stadt Pirna beeinträchtigt. Es ist davon auszugehen, dass dadurch das lokale Klima in Pirna gerade in den Sommermonaten negativ beeinflusst wird. Unter anderem ist es deshalb unerlässlich, die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in den Naturraum im direkten Umfeld anzuordnen. Ebenfalls sind Fragen zum Hochwasserschutz nach unserer Auffassung nicht vollumfänglich geklärt.

Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion fordert eine Planung für den IPO unter Berücksichtigung der Folgen der Klimakrise. Baugebiete brauchen unter anderem Regenrückhaltebecken sowie Dach- und Fassadenbegrünung an allen Gebäuden, um in den kommenden Jahrzehnten ihrer Nutzungsdauer klimaresilient zu sein.

Arbeitsplätze

Die Schaffung von 3.000 Arbeitsplätzen in den Bereichen Mikroelektronik, Biotechnologie, Elektromobilität und Kunststoffverarbeitung ist eine herausfordernde Zielstellung angesichts einer angespannten Arbeitsmarktsituation und des grassierenden Fachkräftemangels.

Allerdings ist auch festzustellen, dass die Kaufkraft des Landkreises zu den geringsten in Sachsen zählt. Fast jede*r zweite Beschäftigte pendelt aus der Region Sächsische Schweiz-Osterzgebirge in einen anderen Landkreis zur Arbeit. Neben dem Angebot von tariflich gebundenen Arbeitsplätzen bedarf es einer gezielten Ausbildungs- und Fachkräfteoffensive, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion fordert, die Vergabe von öffentlichen Flächen an Konzepte zur Sicherung von Tarifbindung durch die Gewerbetreibenden zu binden.

Nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung: Konzeptvergabe im Erbbaurecht

Durch Konzeptvergabeverfahren kann die Entwicklung von Gewerbeflächen transparent und objektiv gesteuert werden. Das ermöglicht die Förderung des Ressourcenschutzes, die Anbindung an öffentliche Verkehrsinfrastruktur, Wärme- und Energiemanagement oder Kriterien nachhaltigen Bauens. Auch die regionale Verflechtung von Bewerbern kann so in die Bewertung der Angebote einfließen. Die Vergabe der Flächen ist daher in Konzeptvergabeverfahren sowohl an ökologische Kriterien als auch an die Einhaltung von Tarifbindung durch die Gewerbetreibenden zu koppeln. Zur Wahrung der langfristigen Interessen der Öffentlichkeit sind die Gewerbeflächen bei steigender Flächenkonkurrenz ausschließlich im Erbbaurecht zu vergeben. So kann die Region auch zukünftig eigene wirtschaftspolitische Impulse setzen.

Die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion fordert Konzeptvergabeverfahren und eine vorausschauende Flächenentwicklung auf Grundlage von Erbbaupachtverträgen, um langfristig öffentliche Interessen zu wahren.